

Arbeit. Macht. Sinn.

Beschluss des 16. Bundesverbandstages der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands vom 26. – 28. Mai 2017 in Krefeld



Präambel: Ungerechtigkeiten prophetisch beim Namen nennen

(1) Auf ihrem 14. Bundesverbandstag vom 01. – 03. Oktober 2011 in Würzburg hat die KAB unter dem Motto „Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten“ grundlegende Positionen und Handlungsschritte für die dringend notwendige *soziale und ökologische Transformation* herausgestellt. Wir haben deutlich gemacht, dass tiefgreifende Einschnitte für eine solidarische und gerechte Welt notwendig sind. Deshalb setzen wir uns mit unserem Zukunftsmodell der Tätigkeitsgesellschaft für ein gelingendes Zusammenleben der Menschen, für neue Formen der Arbeit und eine „Ökonomie der Gerechtigkeit“, für eine umfassende Verteilungsgerechtigkeit, für eine soziale Demokratie und ein garantiertes Grundeinkommen ein. Weiterhin sind wir der festen Überzeugung: „Eine andere Welt ist möglich, wenn wir fair teilen statt sozial spalten!“¹ *Zur Förderung der Gerechtigkeit sind tiefgreifende Einschnitte notwendig.* Papst Franziskus unterstreicht in seiner Enzyklika „Laudato si“² die Dringlichkeit einer sozial-ökologischen Transformation hin zu mehr Gerechtigkeit für die Armen und Ausgeschlossenen. Dies ist für uns eine große Unterstützung und Ermutigung. Wir wollen die Ungerechtigkeiten *prophetisch beim Namen nennen und fragen*:

- Wer übt Herrschaft über wen aus?
- Was übt Herrschaft über uns alle aus?
- Wer profitiert von der Ökonomie unserer Tage auf wessen Kosten?
- Darf die kapitalistische Wirtschaftsweise eine Zukunft haben?
- Was muss sich ändern?

Die ausbeuterischen und verfestigten Macht- und Herrschaftsstrukturen müssen wir benennen, ihre Systemlogik verstehen und verändern, damit durch eine solidarische Wirtschaft ein menschenwürdiges Leben für alle Realität wird.

Sehen: „... und die Mächtigen ihre Macht über die Menschen missbrauchen.“ (Mt 20,25)

„Ein Mächtiger deckt den andern, / hinter beiden stehen noch Mächtigere.“ (Koh 5,7b)

„Da rief Jesus sie zu sich und sagte: Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker unterdrücken und die Mächtigen ihre Macht über die Menschen missbrauchen.“ (Mt 20,25)

30 (2) Ein „Zeichen der Zeit“ ist die „*Vermachtung der Wirtschaft*“.³ Das global aktive Finanzka-
pital (Banken, Börsen, Fonds etc.) beherrscht und lenkt Wirtschaft und Politik. 147 Unter-
nehmen üben die Kontrolle über 40 Prozent der weltweiten 43.060 multinationalen Unter-
nehmen aus und generieren mehr als 60 Prozent der globalen Umsätze. Die 35 mächtigsten
Unternehmen dieser Welt kontrollieren mehr als ein Drittel des Welthandels.⁴ Das Finanz-
35 kapital ist Herrscher und Lenker der Wirtschaft. Das Ergebnis sind andauernde Machtkämpfe:
Machtkämpfe innerhalb der Wirtschaft um die Hoheit über Staat und Politik, schließlich
der Machtkampf der Staaten untereinander.⁵ Diese Machtkämpfe werden von den Macht-
habern und Stärkeren zu Lasten der arbeitenden Menschen, der Arbeitssuchenden, der
Schwachen, Armen und Ausgeschlossenen entschieden.

40 (3) Das kapitalistische Weltsystem übt *strukturelle Gewalt* aus. Die reichen Länder des Nor-
dens setzen ihre wirtschaftliche und militärische Macht und Herrschaft gegenüber den ar-
men Ländern des Südens durch. Sie beuten die Rohstoffe aus, exportieren gleichzeitig ihre
hoch subventionierten Agrarprodukte und zerstören damit die einheimische Wirtschaft vor
Ort. Sie kaufen Land und verletzen damit angestammte Besitzansprüche, Gewohnheitsrech-
45 te und die Eigenversorgung der ansässigen Bevölkerung. Freihandelsabkommen schützen die
multinationalen Großkonzerne und die Märkte der reichen Ökonomien. Sie stärken deren
Wirtschaftsmacht und zementieren damit einen ungerechten Welthandel. Der Anteil der
ärmsten Länder am Welthandel ist auf 0,5 Prozent abgesunken. Unterdrückung, Armut und
Elend sind die Folgen. *Das Leben der Armen wird zum „Spekulationsobjekt“ der Reichen.* Wir
50 leben auf Kosten Anderer und können dies, weil wir mächtiger sind als sie. Unser Wohlstand
beruht nicht nur auf Leistung, Arbeit und einem verhältnismäßig guten Sozialsystem, son-
dern auch auf struktureller Gewalt und permanenter Ausbeutung. „Wir leben nicht über
unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse der anderen.“⁶

(4) Die kapitalistische Wirtschaftsweise beruht auf der *strukturellen Ausbeutung der mensch-*
55 *lichen Arbeit* durch diejenigen, die politische und ökonomische Macht zu ihren Gunsten aus-
üben und daraus ihren Profit ziehen. Die Ausweitung der Märkte, der Warenproduktion und
der Geldwirtschaft bedeutet eine Verkehrung von Zweck und Mittel: Die hergestellten Güter
dienen nur nebensächlich der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Hauptsächlich geht es
um die Vermehrung von Geld als Kapital. Dieser Prozess der Kapitalvermehrung ist zum
60 Selbstzweck geworden. Die menschliche Arbeitskraft ist Mittel zu diesem Zweck. Es entsteht
ein System der Unfreiheit. Kapital und Arbeit werden vom Selbstzweck der Geldvermehrung
beherrscht. Diese Herrschaft findet ihren Ausdruck in der Verfügung über Eigentum und Be-
sitz, in der Aneignung des Mehrwerts der Arbeit durch das Kapital und in der Verwandlung
von Gemeinschaftsgütern in Waren. Hauptakteure sind dabei Großkonzerne. Sie beugen das
65 Recht zu ihren Gunsten, korrumpieren, setzen demokratische Verfahren außer Kraft und
nehmen Staat und Politik in ihre Dienste. Sie zentrieren ihre Marktmacht und unterlaufen
den Wettbewerb. Die „global players“ verdrängen die kleinen und mittelständischen Unter-
nehmen. Entstanden ist so eine Oligarchie: die Herrschaft einer kleinen Gruppe von weltweit
agierenden Finanzkapitalbesitzern, die unsere demokratische Ordnung schädigen.

70 (5) Diese Entwicklung wird beschleunigt durch die Vertreter der *marktradikalen Doktrin*. Diese präsentiert sich als Heilslehre mit quasi religiösem Charakter: Der allmächtige Gott „Markt“ wird alles richten, und er verlangt Opfer! Die Arbeitsmärkte werden dereguliert, multinationale Konzerne mit Steuergeschenken belohnt und eine Umverteilung von unten nach oben betrieben. Machtmonopole werden errichtet und Gemeinschaftsgüter in Privat-

75 besitz überführt. Die Schöpfung wird auf dem Altar der Wirtschaft geopfert. Der soziale Zusammenhalt wird geschädigt. Arme und Arbeitssuchende werden als „Überflüssige“ verachtet. „Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen.“⁷ Das Gemeinwohl besitzt keinen Wert mehr. Die Wachstumsideologie zwingt die Menschen in die Tretmühle des „Immermehr-Habens“. Durch den „Fetischismus des Geldes“ entsteht die „Diktatur einer Wirtschaft

80 ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“,⁸ entstehen Gewalt, Angst und soziale Spaltung. Papst Franziskus hat diesen Befund in seiner Rede auf dem III. Welttreffen sozialer Bewegungen zugespitzt: „Das System ist terroristisch.“⁹

(6) Die *Folge* der Diktatur dieser Wirtschaft ohne menschliches Ziel für die Gesellschaft ist eine *strukturelle soziale Spaltung und eine Zunahme der Ungleichheit* – auch bei uns.¹⁰ Die

85 Konzentration des Vermögens nimmt zu. Die acht reichsten Männer der Erde besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung von rund 3,6 Milliarden Menschen zusammen. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt die Hälfte des Weltvermögens.¹¹ Die reichsten zehn Prozent der Haushalte bei uns in Deutschland verfügen über 64 Prozent der Vermögen.¹² Der „Reichtum entsteht ungleich und konzentriert auf Grund gesellschaftlicher Macht.“¹³

90 Besonders problematisch dabei ist der Sachverhalt, dass die politischen Einflussmöglichkeiten eng verbunden mit der Höhe des Vermögens sind – die Interessen von Armen werden in der Politik nicht berücksichtigt. Einkommen von Arbeitnehmer*innen werden zugunsten der Kapitalbesitzenden umverteilt. Immer weniger Erwerbstätige können von ihrer Arbeit menschenwürdig leben. Die prekäre Beschäftigung weitet sich aus. Die geschlechtshierarchische

95 Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern ist bei weitem noch nicht überwunden. Durch das Leitbild „Arbeit 4.0“ wächst wieder der Druck, dass sich die Arbeitenden dem Takt der Maschinen anpassen müssen oder durch Automatisierung sogar ihren Arbeitsplatz ganz verlieren. Propagiert wird das Zukunftsbild einer „Arbeit 4.0“, in der sich die Arbeitenden dem Takt der Maschinen anpassen oder durch Automatisierung ganz wegfallen. Die Flexibilisierungsanforderungen der Betriebe steigen. Das Versprechen der Freiheit nach selbstbestimmter Zeit wird nicht eingelöst. Viele werden abgehängt, fühlen sich ohnmächtig und sozial deklariert, da über ihre Köpfe hinweg über ihr Arbeiten und Leben entschieden wird. So wächst das Misstrauen gegenüber den wirtschaftlichen Eliten, der politischen Klasse und gegenüber der Demokratie selbst. Es bildet einen Nährboden für Rassismus und Ausgrenzung und nicht zuletzt für den Aufstieg rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien.

100

105

(7) Die globale Machtkonzentration und die Ausübung von Macht und Herrschaft *lähmen die dringend notwendigen Kräfte zur Veränderung* hin zu einer sozial-ökologischen Wirtschaft, die solidarisch, gerecht und nachhaltig sein muss. Eine Veränderung ist dringend geboten, denn: Der Klimawandel hat heute schon dramatische Folgen. Pro Jahr gelangen sieben Milli-

110 onen Tonnen Plastikmüll in die Weltmeere.¹⁴ Die Müllhalden dieser Welt quellen über durch
unsere „Wegwerfkultur“.¹⁵ Die sozialen Konflikte nehmen zu. Über 65 Millionen Menschen
sind weltweit auf der Flucht.¹⁶ *Die Reichen wollen helfen, aber nicht teilen.* Die Armen und
Ausgeschlossenen lassen sich nicht länger mit den leeren Versprechungen einer nachholenden
115 Entwicklung abpeisen. Eine Abschottung der reichen Gesellschaften gegen diese Ent-
wicklungen ist nicht möglich, es sei denn wir verraten unsere demokratischen, zivilisatori-
schen und vor allem christlichen Werte.

(8) Soziale und ökologische Verwerfungen sind untrennbar miteinander verbunden. *Es geht
nicht um einzelne Probleme, sondern um das ganze System.* Papst Franziskus stellt die Frage:
„Erkennen wir, dass dieses System die Logik des Gewinns um jeden Preis durchgesetzt hat,
120 ohne an die soziale Ausschließung oder die Zerstörung der Natur zu denken?“ Seine Antwort
lautet: „Ja, so ist es, ich beharre darauf, sagen wir es unerschrocken: Wir wollen eine Verän-
derung, eine wirkliche Veränderung, eine Veränderung der Strukturen. Dieses System ist
nicht mehr hinzunehmen; die Campesinos ertragen es nicht, die Arbeiter ertragen es nicht,
die Gemeinschaften ertragen es nicht, die Völker ertragen es nicht (...). Und ebenso wenig
125 erträgt es die Erde (...).“¹⁷ Es ist Zeit, die Systemfrage zu stellen!

Urteilen: „Er stürzt die Mächtigen vom Thron (...) und lässt die Reichen leer ausgehen.“ (Lk 1,52.53)

„Ich bin der EWIGE, dein Gott, der dich aus Ägypten geführt hat, aus dem Sklavenhaus. Du
sollst neben mir keine anderen Götter haben. (...) Ihr sollt euch neben mir keine Götter aus
130 Silber machen, auch Götter aus Gold sollt ihr euch nicht machen.“ (Ex 20,2-3.23)

„Der Geist des Herrn ruht auf mir; denn der Herr hat mich gesalbt. Er hat mich gesandt, da-
mit ich den Armen eine gute Nachricht bringe; damit ich den Gefangenen die Entlassung ver-
künde und den Blinden das Augenlicht; damit ich die Zerschlagenen in Freiheit setze und ein
Gnadenjahr (Jubeljahr) des Herrn ausrufe.“ (Lk 4,18.19)

135 (9) Die Botschaft der Bibel ist die des *befreienden Gottes*. Die Urerfahrung ist die Befreiung
des Volkes Israel aus dem ausbeuterischen und unterdrückerischen Macht- und Herrschafts-
system des Sklavenhauses Ägypten. Die durch die Mächtigen auferlegte Fronarbeit, die aus-
beuterische Arbeit als Herrschafts- und Vernichtungsinstrument (Ex 1,13.14; Ex 5,6-21), hat
durch die Befreiungstat Gottes ein Ende. Der Gott Israels steht für die Befreiung von Herr-
140 schaft, Unterdrückung und Sklaverei. Kein Mensch darf über einen anderen herrschen.
Macht und Herrschaft kommt allein dem befreienden Gott zu.¹⁸

(10) Die Tora, die fünf Bücher des Mose, enthält die *Vorstellung einer egalitären Gesellschaft*
an vielen Stellen, etwa durch die Bestimmungen zum Brach- oder Jubeljahr (Dtn 15,1-6; Ex
23,10-11; Lev 25,1-7): „Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig und ruft Freiheit für alle Be-
145 wohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr. Jeder von euch soll zu seinem Grundbe-

- sitz zurückkehren, jeder soll zu seiner Sippe heimkehren“ (Lev 25,10). Es ist ein Jahr der Befreiung für alle. Die ursprünglichen Verhältnisse werden wiederhergestellt. Ein sozialer Ausgleich in den Eigentumsrechten und Besitzverhältnissen wird geschaffen. Den Armen wird der unmittelbare Zugang zu den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln ermöglicht. Es geht um eine Emanzipation der Armen, die nun selbst über die Produktionsmittel verfügen. Der Macht der Mächtigen werden Grenzen gesetzt. Dies geschieht auch durch das Sabbatgebot (Ex 20,8-11; Dtn 5,12-15). Es erinnert alle sieben Tage an den befreienden Gott. Die Befreiung von Arbeit gilt für Menschen und Tiere. Mühsal und Last der Arbeit, Unterdrückung und Entfremdung sollen ein Ende haben.
- 155 (11) Das Neue Testament stellt Jesus „in“ die Befreiungsgeschichte des Gottes Israels mit den Menschen. Der Sohn Gottes ist gesandt, um den Armen ihre Befreiung zu verkünden und das Gnadenjahr des Herrn auszurufen (Lk 4,18-19). *Macht und Herrschaft werden zugunsten der Armen und Ausgeschlossenen „gewendet“, indem ihnen die Gerechtigkeit Gottes im Anbruch des Gottesreiches widerfährt* (Mt 5,3). Jesus fordert die Entscheidung zwischen
- 160 den Götzen und dem wahren Gott: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6,24). Die sich jetzt im Recht wähnen, werden ins Unrecht gesetzt, da ihre ungerechten Taten offenbar werden. So werden die Herrschafts- und Machtverhältnisse umgekehrt: „Viele aber, die jetzt die ersten sind, werden dann die Letzten sein, und die Letzten werden die Ersten sein“ (Mk 10,31; vgl. Mt 19,30; Lk 13,30). Außerdem heißt es: „Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen. Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen“ (Lk 1,52). Die Herrschaft Gottes befreit die Menschen vom Joch der Ausbeutung und der Unterdrückung. Jesus ergreift Partei für die Armen und Ohnmächtigen und propagiert die Entmachtung der Mächtigen. Dies treibt ihn in den Konflikt mit den Mächtigen seiner Zeit und führt zu seiner Ermordung.
- 165
- 170 (12) Die aktuelle Soziallehre der Kirche geht mit der derzeitigen Wirtschaft hart ins Gericht. Papst Franziskus sagt *„Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und Disparitäten des Einkommens“*, denn: *„Diese Wirtschaft tötet.“*¹⁹ Die Ausgeschlossenen taugen nicht einmal mehr zur Ausbeutung, sondern werden aussortiert, zu Müll gemacht. Egoismus führt zu einer *„Globalisierung der Gleichgültigkeit“*. Wir sind unfähig zum Mitleiden. Unsere Götter heißen Geld und Markt. *„Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“*²⁰ So wird der Vorrang des Menschen gelehnt. Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen verschleiern die Probleme und die Folgen.²¹
- 175
- 180 (13) Die Zukunft gehört angesichts der Zerstörung von Mensch und Natur nicht einer unbremsten Wachstumsideologie, sondern einer *„ganzheitlichen Ökologie, die das Ganze in den Blick nimmt: Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kultur.“*²² Dies schließt ein, das in einigen Teilen der Welt ein Rückgang des Wachstums akzeptiert wird,²³ damit *„das wachsen (kann), was den Armen nützt.“*²⁴

Handeln: „Sie arbeiten nicht mehr vergebens.“ (Jes 65,23)

190 „Sie werden Häuser bauen und selbst darin wohnen, sie werden Reben pflanzen und selbst ihre Früchte genießen. Sie bauen nicht, damit ein anderer in ihrem Haus wohnt, und sie pflanzen nicht, damit ein anderer die Früchte genießt. In meinem Volk werden die Menschen so alt wie die Bäume. Was meine Auserwählten mit eigenen Händen erarbeitet haben, werden sie selber verbrauchen. Sie arbeiten nicht mehr vergebens.“ (Jes 65,21-23)

„Wir erwarten (...) einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen die Gerechtigkeit wohnt.“ (2 Petr 3,13)

195 (14) Wir wissen: Ein „gutes Leben“ für alle Menschen ist möglich! Deshalb muss der Kapitalismus durch eine „Postwachstumsgesellschaft“ abgelöst werden.²⁵ Diesen Übergang gestalten wir durch *demokratische Politik*. Wir müssen jetzt handeln! Die Zeit wird angesichts der fortschreitenden Vernutzung von Mensch und Natur knapp. Deshalb setzen wir in unsrem Handeln als Bewegung für soziale Gerechtigkeit gegen die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ eine Globalisierung der Gerechtigkeit, der menschenwürdigen Arbeit, der Solidarität
200 und eines qualitativen Wohlstands.

(15) Die „Globalisierung der Gerechtigkeit“ ist die zentrale Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Gerechtigkeit und Verteilung sind die Hauptthemen. Wir setzen uns für gerechte und faire Welthandelsstrukturen ein. Das heißt für uns: Die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz gelten für alle. Die reichen Länder des Nordens verzichten auf Privilegien,
205 auf Macht- und Herrschaftsansprüche. Die internationalen Institutionen werden grundlegend demokratisiert. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen werden konkret und zeitnah umgesetzt.

(16) „Globalisierung der Gerechtigkeit“ heißt weiter: Wir setzen uns für die Vergesellschaftung *privaten Eigentums* an natürlichen Ressourcen wie z.B. Grund, Boden und Wasser ein.²⁶
210 Wir beginnen eine öffentliche Diskussion darüber, welche privatisierten Vermögenswerte auf dem Weg gesetzlicher Regelung in Gemeineigentum überführt werden. Dies gilt auch für die Produktionsmittel. Wir folgen damit der Aussage eines unserer Gründerväter, Bischof Ketteler, der dazu ausführte: „Sie (i.E. die katholische Kirche) anerkennt bei den Menschen überhaupt kein unbedingtes Eigentumsrecht über die Güter der Erde, sondern nur ein Nutzungsrecht in der von Gott festgestellten Ordnung.“²⁷ Dem Ausverkauf der Gemeingüter durch Privatisierung muss Einhalt geboten und vor allem: Er muss da, wo geschehen, rückgängig gemacht werden. Mit den „Lebensmitteln“ aller darf nicht gehandelt und spekuliert werden. Sie sind keine Wirtschafts-, sondern Lebensgüter, sie sind Gemeinschaftsgüter, die die Bedürfnisbefriedigung aller sichern müssen. Eigentumsformen, die einer demokratischen
215 Kontrolle unterliegen und eine Mitbestimmung der Beteiligten im Sinne des Gemeinwohls und die Interessen der Gemeinschaft fördern, wollen wir ausbauen. Die Zukunft gehört dem gemeinsamen Nutzen und Teilen von Waren und Dienstleistungen, damit die Güter der Erde für alle reichen und allen zugänglich sind.
220

225 (17) Gerechtigkeit heißt angesichts der skandalösen Eigentums- und Vermögensverteilung
und der Aneignung des Mehrwerts der Arbeit durch die Wenigen: *Verteilungsgerechtigkeit
schaffen!* Wir sind der festen Überzeugung: Chancengerechtigkeit kann es ohne Verteilungs-
gerechtigkeit nicht geben. Deshalb setzen wir uns für eine strukturelle, geschlechtergerechte
und umfassende Verteilungspolitik ein. Hier liegen für uns ein Schlüssel für die „Systemfrage“
230 und ein zentraler Schritt hin zu einer „Globalisierung der Gerechtigkeit“. Verteilungsfragen
entscheiden über Krieg und Frieden. Zentral ist deshalb eine gerechte Steuerpolitik, die
europäisch und international abgestimmt und durchgesetzt werden muss. Reichtum muss
stärker besteuert werden! Der Faktor „Erwerbsarbeit“ wird systematisch gegenüber Erträgen
aus Kapital benachteiligt. Dies muss endlich ein Ende haben! Dafür setzen wir uns als
Frauen und Männer der KAB ein.

235 (18) Die „*Globalisierung menschenwürdiger Arbeit*“²⁸ kann nur gelingen, wenn unsere jetzige
Wirtschaftsweise durch die „*Tätigkeitsgesellschaft*“²⁹ und damit durch eine „Ökonomie der
Gerechtigkeit“ ersetzt wird. Wir wollen ganzheitlich und befreit leben und arbeiten! Alle
Formen der Arbeit stehen unter dem Anspruch der Menschenwürde, denn die Arbeit ist un-
mittelbarer Ausdruck der menschlichen Person. Die Unterwerfung der Arbeit unter Macht-
240 und Herrschaftsverhältnisse wollen wir beenden und eine neue Klassengesellschaft verhin-
dern.³⁰ Arbeit muss deshalb befreiende Arbeit, muss „Tätigkeit“ werden. Dazu brauchen wir
die *Befreiung von falscher Arbeit*: von Sklaverei, Kinderarbeit, von ausbeuterischen Arbeits-
verhältnissen, von Arbeitsformen, die der Natur schaden, von der geschlechtshierarchischen
Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, von prekärer Arbeit und Niedriglöhnen, von
245 Leiharbeit, von einer „Rund-um-die-Uhr“-Arbeit, von Arbeitszwang und Arbeitsstress, von
einer Arbeit, die dem Takt der Maschinen bzw. der Digitalisierung folgen muss. „Alle Men-
schen müssen einer menschenwürdigen Arbeit nachgehen können – bei uns und welt-
weit.“³¹ Dazu gehört auch ein gerechter und fairer Lohn. Dies beinhaltet einen gleichen Lohn
für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern. Die Einführung des gesetzlichen Mindest-
250 lohns in Deutschland ist für uns ein großer Erfolg. Aber wir werden angesichts der Verfesti-
gung des Niedriglohnssektors weiter für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohnes kämpfen
müssen, denn immer noch schützt der gesetzliche Mindestlohn nicht gegen Armut.³² Und:
Wir brauchen darüber hinaus für die Armen dieser Welt einen „globalen Mindestlohn“ von
mindestens einem Dollar pro Stunde.³³

255 (19) Menschenwürdige Arbeit ist für uns das Leitbild, an dem sich die Debatte um „*Arbeit
4.0*“ orientieren muss. Dass neue technologische Entwicklungen eine bessere Arbeitswelt für
alle quasi automatisch schaffen werden, wie dies auch die Politik und Teile der Gewerkschaften
propagieren, ist eine „Illusion 4.0“.³⁴ Deshalb brauchen wir heute, wo einschneidende
260 technologische Veränderungen in Form cyber-physischer Produktionssysteme sich durchset-
zen sollen und „entgrenzte“ Formen der Arbeit (z.B. Crowdfunding, unfreiwillige Selbstständig-
keit) zunehmen, einen deutlichen Ausbau der Mitbestimmung hin zu einer Unterneh-
mensverfassung und „Wirtschaftsdemokratie“. Der Hype um ein neues „Maschinenzeitalter“
verdrängt dringend notwendige Debatten um das, was Menschen wirklich brauchen. Wir

265 brauchen z.B. einen Ausbau und eine höhere finanzielle Vergütung der personennahen
Dienstleistungen, etwa hinsichtlich einer menschenwürdigen Pflege und Arbeit für die in der
Pflege Beschäftigten.³⁵ Wir drängen auf die Einlösung des *Vorrangs der arbeitenden Men-*
schen vor dem Faktor Kapital.

270 (20) Gegen die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ setzen wir uns für eine „Globalisierung
der Solidarität“, für eine „*neue universale Solidarität*“³⁶ ein. Das unsichtbar gemachte Leid
und Elend der Ärmsten, die verdrängten Zusammenhänge mit unserem „Wohlstand“ und die
tödlichen „Schattenseiten“ des kapitalistischen Weltsystems sichtbar zu machen, sind ein
erster Akt der Solidarität. Aus der Sicht der Armen sehen zu lernen, ist eine Aufgabe, die wir
275 mit den Armen selbst und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Bewegungen
lernen wollen und müssen. Es ist ein Akt der Solidarität, wenn wir der Verachtung der an den
Rand Gedrängten und Vorurteilen öffentlich entgegenreten. Wir geben denen *eine Stimme*,
die durch die vorherrschenden Macht- und Herrschaftsstrukturen sprachlos gemacht wer-
den. Unser Ziel ist eine Politisierung des skandalösen Zustandes unserer Welt.

280 (21) „*Globalisierung der Solidarität*“ heißt auch: Die sozialen, gesellschaftlichen, politischen
und wirtschaftlichen Strukturen müssen vom *Grundprinzip* her so sein, dass *Solidarität* nicht
nur ermöglicht, sondern aktiv gefördert wird. Da, wo Schwache gegen Starke, Kernbeleg-
schaften gegen Leiharbeiter, „Deutsche“ gegen „Ausländer“, Alt gegen Jung, Männer gegen
Frauen ausgespielt werden, widersetzen wir uns. Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit
fordern wir Solidarität offensiv ein. Solidarität ist die Grundlage für Freiheit, Frieden und ein
285 „gutes Leben“ für alle. Solidarität ist ein konstitutiver Bestandteil unseres christlichen Glau-
bens und verlangt eine ordnungspolitische Verankerung. Dies gilt für uns als Verband, als
kirchliche Gemeinschaft und für die Kirche insgesamt.³⁷ Wir messen alle politischen Maß-
nahmen daran, ob sie das solidarische Prinzip fördern, Geschlechtergerechtigkeit herstellen
und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Wir wollen eine „starke“ Kirche,
die ihren Einsatz für die Rechte der Armen, der Arbeitssuchenden und der Arbeitneh-
290 mer*innen zu ihrem Hauptanliegen macht.

295 (22) Wir wollen eine „*Globalisierung eines qualitativen Wohlstands*“ für alle. Wohlstand im
Überfluss, abgesichert durch Stacheldraht und Militär, während andere hungern und darben,
macht nicht glücklich. Sozialer *Wohlstand für alle* ist durch eine solidarische und gerechte
Verteilungspolitik im Weltmaßstab möglich. Soziale Sicherheit, ein bedingungsloses Grund-
einkommen und ein „universelles Sozialeinkommen“ für alle sind dafür unverzichtbar.³⁸ Der
Bildungsnotstand verhindert Wohlstand, Teilhabe und Teilnahme sowie ein selbstbestimm-
tes Leben nicht nur in den armen Ländern des Südens, sondern auch bei uns. Auch wir müs-
sen mehr Geld in unser Bildungssystem investieren! Das Bildungsgefälle spiegelt die soziale
Spaltung unserer Gesellschaft hier und weltweit wider.³⁹ *Bildungswohlstand* ist ein Schritt
300 zum Wohlstand für alle!

305 (23) Das Gemeinwohl endlich zur Grundlage des wirtschaftlichen und politischen Handelns
aller zu machen, führt zu einer Gesellschaft, in der einer auf den anderen achtet und die
Wirtschaft die Funktion erfüllt, die ihr eigentlich zukommt: *Dem Wohlstand aller Menschen
zu dienen und „für das gemeinsame Haus“⁴⁰ zu sorgen. Zeitwohlstand* gibt dem gemein-
schaftlichen Zusammenleben Raum, ermöglicht Freiheit, schafft Zeit für neue Formen des
Lebens und Arbeitens, für ehrenamtliches und demokratisches Engagement, für Muße und
Spiel. Mehr wirklich freie Zeit zu haben, ist ein qualitativer Wohlstandsfortschritt hin zu ei-
nem besseren Leben. Mehr und mehr Menschen fragen nach dem „Sinn des Ganzen“, nach
310 dem Sinn für ihr Leben, gehen neue Wege, verändern ihren Lebensstil: Sie wollen sinnvoll
leben. Angesichts der Zerbrechlichkeit des Lebens wächst die Sehnsucht nach einem Leben
und Arbeiten in Balance, nach dem „Sich-nicht-mehr-verbiegen-müssen“ unter dem Diktat
von Macht und Geld.

**„Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben.“
(Joh 10,10)**

315 (24) Das *Aufbegehren gegen Ungerechtigkeiten* ist die stärkste politische Kraft der Mensch-
heitsgeschichte. Überall wird auch heute diese kämpferische Kraft sichtbar: In den sozialen
Bewegungen, die weltweit für Gerechtigkeit kämpfen; in den Arbeiterbewegungen und Ar-
beitnehmerorganisationen, die für die Rechte der arbeitenden Frauen und Männern den
Einsatz wagen; in den vielen Projekten, Initiativen und Zusammenschlüssen, die nachhaltig
320 wirtschaften und die sozial-ökologische Transformation konkret vorantreiben; in unserem
eigenen Handeln als Frauen und Männer der KAB und als Verband, wenn wir die ungerech-
ten Macht- und Herrschaftsstrukturen anklagen und solidarisch handeln. Das sind die ermu-
tigenden „Zeichen der Zeit.“ Jesus hat die ungerechten Macht- und Herrschaftsstrukturen
seiner Zeit angeklagt und eine radikale „Umwertung“ eingefordert. An die Stelle der ausbeu-
325 terischen Herrschaft der Mächtigen hat er die „Hoffnungsgeschichte“ einer Welt gesetzt, in
der alle *das „Leben in Fülle“* (Joh 10,10) haben. Der „Systemlogik“ von Macht und Gewalt hat
er das radikale Gebot der Feindesliebe entgegengesetzt. (Mt 5,43.44) Gegen die gnadenlose
„Systemlogik“ von Gewalt und Gegengewalt setzt Jesus die mächtigste Macht aller Mächte:
Das Liebesgebot. Im Selbstverständnis der KAB in Deutschland haben wir festgeschrieben:
330 „Arbeiten und Leben in Würde und Solidarität. Dahin entwickeln wir Zukunft, dafür organi-
sieren wir Veränderung. Gemeinsam lassen wir aus christlichen Werten Taten werden.“⁴¹
Dafür stehen wir ein!

Anmerkungen

¹ Beschluss von Würzburg – 14. Bundesverbandstag der KAB 2011: Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten, Köln 2015, Ziff. 38.

² Vgl. Papst Franziskus: Enzyklika Laudato si' – Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Rom 2015.

³ Papst Pius XI.: Enzyklika Quadragesimo anno – Über die gesellschaftliche Ordnung, Rom 1931, Ziff. 106.

⁴ Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich. 19 von 35 Unternehmen kommen aus den USA. Diese Unternehmen sind nicht nur durch gegenseitige Beteiligungen, sondern auch durch Kredite, Kreditausfallversicherungen und hoch spekulative Finanzinstrumente miteinander verbunden. Es handelt sich vorrangig um Banken und Versicherungsgesellschaften. Vgl.

http://www.focus.de/finanzen/news/das-netzwerk-der-macht-diese-konzernen-kontrollieren-die-welt_id_3929949.html; die Studie findet sich unter:

https://arxiv.org/PS_cache/arxiv/pdf/1107/1107.5728v2.pdf.

Zur Kritik und weiterführend, insbesondere hinsichtlich der Verhältnisse in Deutschland vgl. http://www.sofigoettingen.de/fileadmin/user_upload/Faust_Global_Corporate_Control_U_Eber_Fallstricke_einer_Netzwerkanalyse.pdf; 10.01.2017.

⁵ Vgl. Enzyklika Quadragesimo anno, Ziff. 108.

⁶ Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016, S. 196.

⁷ Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium, Ziff. 56.

⁸ Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium, Ziff. 55.

⁹ Papst Franziskus hat in seiner Rede auf dem III. Welttreffen sozialer Bewegungen vom 02. - 05. November 2016 in Rom, bei dem auch die WBCA auf Einladung des Papstes vertreten war, ausgeführt: „Wer also regiert? Das Geld! Wie regiert es? Mit der Peitsche von Angst, von Ungleichheit, von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und militärischer Gewalt, die in einer niemals endenden Abwärtsspirale immer mehr Gewalt erzeugt. Wie viel Leid, wie viel Angst! Vor kurzem habe ich bereits gesagt, es gibt einen grundlegenden Terrorismus. Er geht hervor aus der globalen Kontrolle, die das Geld über die Erde ausübt und die ganze Menschheit in Gefahr bringt. Dieser Terrorismus ist der Grund für die daraus erwachsenden Formen des Terrorismus wie der Narko-Terrorismus, der Staatsterrorismus und für das, was manche fälschlicherweise ethnischen oder religiösen Terrorismus nennen. Kein Volk, keine Religion ist terroristisch. Zwar gibt es überall kleine fundamentalistische Gruppen. Aber der erste Terrorismus ist dies: ‚Du hast das Wunder der Schöpfung vertrieben, den Mann und die Frau, und hast das Geld an seine Stelle gesetzt.‘ (Pressekonferenz auf dem Rückflug von der Apostolischen Reise nach Polen, 31. Juli 2016). *Das System ist terroristisch.*“ (Die gesamte Rede in deutscher Übersetzung durch Norbert Arntz findet sich unter: <https://amerika21.de/dokument/167011/welttreffen-papst-franziskus>; 04.01.2017).

¹⁰ Vgl. ausführlich Anthony B. Atkinson: Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart 2016.

¹¹ Vgl. Oxfam Briefing Paper: An Economy für the 99%. It's time to build a human economy that benefits everyone, not just the privileged few, 16. January 2017 (download: https://www.oxfam.de/system/files/sperrfrist_20170116-0101_economy-99-percent_report.pdf; 17.01.2017).

¹² Vgl. Stefan Bach, Andreas Thiemann, Aline Zucco: The Top Tail of the Wealth Distribution in Germany, France, Spain, and Greece, in: DIW Discussion Papers 1502 /2015.

¹³ Friedhelm Hengsbach: Teilen, nicht töten, Frankfurt a.M. 2015, S. 73.

¹⁴ Vgl. <http://www.wwf.de/themen-projekte/meere-kuesten/unsere-ozeane-versinken-im-plastikmuell/>; 11.01.2017.

¹⁵ Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium, Ziff. 53.

¹⁶ Vgl. detailliert United Nations High Commissioner for Refugees (Hg.): Global Trends. Forced displacement in 2015, Geneva 2016.

¹⁷ Ansprache von Papst Franziskus beim Welttreffen der Volksbewegungen, Santa Cruz de la Sierra, Bolivien, am 9. Juli 2015 (download: http://de.radiovaticana.va/news/2015/07/10/volltext_wir_sagen_nein_zu_allen_formen_der_kolonialisierung/1157230; 10.01.2017).

¹⁸ So erhält selbst der König in der Tora (Dtn 17, 14 - 20) keinen Herrschaftsauftrag von JHWH, etwa Gesetze zu erlassen, sondern JHWH ist einziger Gesetzgeber (Legislator). Selbst der israelitische König wird also der vorherrschenden biblischen Theologie zufolge nicht ermächtigt; er ist „nur“ einer unter seinen „Brüdern“, über die „sich sein Herz nicht erheben soll“ (Dtn 17,20). Diese egalitäre Konzeption schlägt sich auch in anderen Texten nieder, die die Institution des Königtums akzeptieren, dem König aber auffallend wenige Kompetenzen und Befugnisse zuschreiben (z. B. sog. Verfassungsentwurf Ez 40–48) bzw. den König und die Oberschicht insgesamt auffallend scharf kritisieren (s. prophetische Sozialkritik), wie es in der Umwelt Israels nirgends begegnet. Auch in den Königebüchern begegnet diese Besonderheit: Nicht JHWH / Gott setzt den König ein (wie in Ägypten u. s. w., Ps 2*), sondern unterschiedliche menschliche Instanzen (= Dtn 17,14-20), oder es wird nur vermerkt, dass nach dem Tod des Vorgängerkönigs dessen Nachfolger „König wurde an seiner Statt“. Deutlichste Vertreterin dieser herrschaftsfeindlichen Tendenz im AT ist natürlich die grundsätzliche Ablehnung des Königtums, die das Königtum mit Enteignung und Sklaverei gleichsetzt (1 Sam 8,11-17 u. ö.), das menschliche Königtum in einen Gegensatz zum Königtum JHWHs stellt (1 Sam 8,7b; 10,19a; 12,12 u. ö.) oder den König und die königlichen Beamten mit Fremdgöttern parallelisiert (Hosea). Beide Linien, die im AT vorherrschende urisraelitische sozial-egalitäre, herrschaftskritische auf der einen Seite und die monarchische (besonders Ps 2*) auf der anderen, bestehen nebeneinander und fließen häufig zusammen, wie gesehen (s. o.: Akzeptanz des Königtums, aber: z. B. ohne Ausstattung des Königs mit Herrschaftsauftrag, Kompetenzen und Befugnissen durch Gott). Beide münden in den (apokalyptischen) König Jesus, wie er besonders in Mt 25,31-46 erscheint: dieser König hat keine Untertanen, sondern Brüder (ein Widerspruch in sich: Ein König hat als solcher Untertanen, über die er herrscht, und keine Brüder!). Jesus, der „Christus“ (= der Gesalbte = der König) wird also – bis in die Dokumente des Vat. II hinein – als „Herr“ (= König) und zugleich als Bruder gesehen. Vgl. ausführlich Ansgar Moenikes: Der sozial-egalitäre Impetus der Bibel Jesu und das Liebesgebot als Quintessenz der Tora, Würzburg 2007.

¹⁹ Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium, Ziff. 53.

²⁰ Ebenda, Ziff. 55.

²¹ Vgl. Enzyklika Laudato si, Ziff. 26.

²² Vgl. ebenda, Ziff. 131-157.

²³ Vgl. ebenda, Ziff. 193.

²⁴ Beschluss von Würzburg: Fair teilen statt sozial spalten, Ziff. 23.

²⁵ Für den notwendigen Übergang hin zu einer Postwachstumsgesellschaft hat die KAB in ihrem Beschluss von Würzburg: Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten, bereits detaillierte Vorschläge gemacht; vgl. ebenda; insb. Ziff. 21-22, 26-30.

²⁶ Vgl. Art. 15 GG: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Entsprechende „Sozialisierungsartikel“ gibt es in den Landesverfassungen.

²⁷ Wilhelm Emanuel von Ketteler: Die katholische Lehre vom Eigentum, in: Bundesverband der KAB Deutschlands (Hg.: Texte zur katholischen Soziallehre II), Kevelaer 1976, S. 96.

²⁸ Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Resolution 217 A (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, insb. Art 23; vgl. auch: Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. In den sogenannten „Sustainable Development Goals“ (SDGs) wird die Förderung menschenwürdiger Arbeit ausdrücklich als Ziel formuliert.

²⁹ Vgl. ausführlich: Beschluss von Würzburg: Fair teilen statt sozial spalten, Ziff. 17-19.

³⁰ Vgl. weiterführend: Oliver Nachtway: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.

³¹ Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO): Manifest für menschenwürdige Arbeit, Berlin 2014. Das Weltnotwerk der KAB Deutschlands ist Mitglied im VENRO. Das Manifest wurde von 172 Abgeordneten des Deutschen Bundestages unterzeichnet. (download: https://www.helpage.de/material/-Manifest_Menschenwuerdige_Arbeit.pdf; 19.01.2017); vgl. auch: Christlich-Gewerkschaftliches Bündnis für „Gute Arbeit“ (Hg.): Macht. Gute Arbeit, Essen o.J. (download: http://www.kab-essen.de/fileadmin/user_upload/kab-essen.de/-MachtGute_Arbeit-/Charta-Menschenrechte_.pdf; 18.01.2017). Dem Bündnis gehören u.a. die KAB und CAJ im Bistum Essen an.

³² Immer noch arbeitet rund ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor, allen voran im Bereich der sogenannten „Minijobs“. Auch im europäischen Vergleich stehen wir immer noch schlecht dar; vgl. Böckler impuls: Mindestlohn schützt noch nicht vor Armut, 4/2016 (download: http://www.boeckler.de/Impuls_2016_04_4-5.pdf; 18.01.2017). Zudem: Nach Recherchen von NDR-Info arbeiten ca. 100.000 Geflüchtete für Dumpinglöhne von 80 Cent pro Stunde.

³³ Vgl. weiterführend: Georgios Zervas, Peter Spiegel: Die 1-Dollar Revolution. Globaler Mindestlohn gegen Ausbeutung und Armut, München / Berlin 2016.

³⁴ Vgl ausführlich: Andreas Syska, Philippe Lièvre: Illusion 4.0. Deutschlands naiver Traum von der smarten Fabrik, Herrieden 2016.

³⁵ Vgl. ausführlich und weiterführend: KAB-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart (Hg.): „Gute Pflege ist mehr als...“, Stuttgart 2016 (download: http://www.kab-drs.de/fileadmin/user_upload/kab-drs.de/drs/Texte/Pflege/Ausstellungseroeffnungen/28102016_Broschuere_Gute_Pflege_NEU_1509.pdf; 18.01.2017); vgl. auch: Für eine bessere Pflege in Deutschland. 10 Forderungen von Pflege am Boden, 2014 (download: <http://www.pflege-am-boden.de/Forderungen/10%20Forderungen%20einfach.pdf>; 18.01.2017).

³⁶ Enzyklika Laudato si, Ziff. 14.

³⁷ Deutsche Bischofskonferenz (Hg.): Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg i.B. 1976, S. 105, Nr. III.2.: „Eine kirchliche Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu hat es hinzunehmen, wenn sie von den ‚Klugen und Mächtigen‘ (1 Kor 1, 19-31) verachtet wird. Aber sie kann es sich – um dieser Nachfolge willen – nicht leisten, von den ‚Armen und Kleinen‘ verachtet zu werden, von denen, die ‚keinen Menschen haben‘ (vgl. Joh 5,7). Sie nämlich sind die Privilegierten bei Jesus, sie müssen auch die Privilegierten in seiner Kirche sein. Sie vor allem müssen sich von uns vertreten wissen. Deshalb sind in unserer Kirche gerade alle jene Initiativen zur Nachfolge von größter Bedeutung, die der Gefahr begegnen, daß wir in unserem sozialen Gefälle eine verbürgerlichte Religion werden, der das reale Leid der Armut und Not, des gesellschaftlichen Scheiterns und der sozialen Ächtung viel zu fremd geworden ist, ja, die diesem Leid selbst nur mit der Brille und den Maßstäben einer Wohlstandsgesellschaft begegnen. Wir werden schließlich unsere intellektuellen Bezweifler eher überstehen

als die sprachlosen Zweifel der Armen und Kleinen und ihre Erinnerungen an das Versagen der Kirche. Und wie sollten wir schließlich mit dem Ansehen einer reichen Kirche überhaupt glaubwürdig und wirksam jenen Widerstand vertreten können, den die Botschaft Jesu unserer Wohlstandsgesellschaft entgegensetzt?“

³⁸ Die Forderung nach einem „universellen Sozialeinkommen“ wurde auf dem Welttreffen der sozialen Bewegungen mit Papst Franziskus als eine der zentralen gemeinsamen Aktionsvorschläge erhoben; vgl. Anmerkung 12.

³⁹ Nach Schätzungen werden ca. 61 Millionen Kinder auf unserer Welt erst gar nicht eingeschult. Fast 780 Millionen Menschen können nicht lesen und schreiben, fast zwei Drittel davon sind Mädchen und Frauen. Würde die internationale Staatengemeinschaft nur 22 Milliarden Dollar im Jahr mehr aufbringen, könnte allen Kindern eine frühkindliche Bildung und Grundbildung ermöglicht werden. Vgl. ausführlich: UNESCO: Global Education Monitoring Report. Education for people and planet: Creating Sustainable Future For All, Paris 2016.

⁴⁰ Vgl. Enzyklika Laudato si, die den Untertitel trägt: „Über die Sorge für das gemeinsame Haus.“

⁴¹ Selbstverständnis der KAB in Deutschland: Beschluss des Bundesausschusses vom 25.10.2015 in Ludwigshafen.